

flüchtlingsrat hamburg

Offenes Plenum für antirassistische Arbeit

Flüchtlingsrat Hamburg e.V.
Nernstweg 32-34, 3. Stock, 22765 Hamburg
Tel: (040) 43 15 87, Fax: (040) 430 44 90

info@fluechtlingsrat-hamburg.de

www.fluechtlingsrat-hamburg.de

Bürozeiten: Di und Do 10.00 - 12.00 | 17.00 - 19.00

20.02.07

Presseerklärung

Der Flüchtlingsrat Hamburg ruft aus Anlass des 100. Tages seit dem Bleiberechtsbeschluss der Innenministerkonferenz am 17.11.06 für

Freitag, den 23. Februar, um 10.00 Uhr
zu einer Kundgebung vor der Ausländerbehörde Amsinckstraße 28 auf
unter dem Motto

Hamburger Flüchtlingspolitik: Abschreckung durch Auslagerung, Schikane und Abschiebungen statt Bleiberecht

In dieser Woche finden bundesweit Aktionen zu >100 Tage und kein
Bleiberecht< statt.

Näheres dazu ist in der unten stehenden Pressemitteilung und auf der angegebenen
Website zu erfahren.

Statt den 180 000 geduldeten Menschen in der Bundesrepublik ein großzügiges
Bleiberecht zu gewähren, wurde ein Beschluss gefasst, in dem so hohe Hürden
eingebaut sind, dass nur eine Hand voll Menschen davon profitieren kann.

Auch in Hamburg werden den betroffenen Menschen durch die Ausländerbehörde
und die Arbeitsagentur Steine in den Weg gelegt, statt ihnen endlich ein Bleiberecht
zu gewähren. So hat z.B. Hamburg als erstes und bisher einziges Bundesland 150
afghanischen Familien die Abschiebung angedroht. Schon gestern gab es deswegen
von der GEW und Hamburger Schülerinnen und Schülern, unterstützt auch vom
Flüchtlingsrat Hamburg, eine Menschenkette um die Alster mit ca. 1000 Menschen.
Auch andere Flüchtlingen, z.B. aus dem unter Kriegsrecht stehenden
westafrikanischen Guinea, werden gnadenlos abgeschoben.

(Näheres entnehmen Sie bitte dem angehängten Aufruf des Flüchtlingsrats
Hamburg!)

Mit freundlichen Grüßen

Hermann Hardt

Flüchtlingsrat HH

Anhang1:

Pressemitteilung

des Bleiberechtsbüros vom 15. Februar 2007

Aktionstag: 100 Tage und kein Bleiberecht!

24.02.2007: Bundesweiter Aktionstag für das ganze Bleiberecht.

Seit Jahren verspricht die Politik, den unmenschlichen Zustand der Kettenduldungen (vorübergehende Aussetzung der Abschiebung, §60a AufenthG) für Ausländer abzuschaffen. Zuletzt verkündete die Innenministerkonferenz des Bundes und der Länder im Herbst 2006 ein neues Bleiberecht, doch 100 Tage später ist klar: es handelt sich nur um einen einmaligen Gnadenakt, von dem nur sehr wenige der knapp 200.000 Geduldeten profitieren. Der Angstzustand "Duldung" bleibt für die meisten bestehen. Zum Alltag in Deutschland gehören nach wie vor Lagerunterbringung, Abschiebungen, Arbeitsverbote und die Verletzung der Würde von Flüchtlingen.

Im März will der Bundestag zwar beim Bleiberecht nachbessern, aber gleichzeitig das Aufenthaltsgesetz weiter verschärfen, was neue Geduldete und noch mehr Illegalisierte zur Folge hätte. Daher gehen am 24. Februar unter dem Motto "100 Tage und kein Bleiberecht" in ganz Deutschland Menschen auf die Straße und fordern vom Bundestag: Schafft die Duldung ab!

Wir wollen ein echtes Bleiberecht:

- Statt eines einmaligen "Gnadenerlasses" mit Stichtagsregelung muss es einen dauerhaft verankerten Rechtsanspruch auf Bleiberecht geben, der auch später Eingereisten ein "Hineinwachsen" in ein Aufenthaltsrecht ermöglicht.
- Das Bleiberecht muss von der Arbeit entkoppelt werden.
- Verurteilungen und mangelnde Mitwirkung an der eigenen Abschiebung dürfen niemanden vom Bleiberecht ausschließen.
- Das Bleiberecht darf nicht mit Verschärfungen im Ausländerrecht erkaufte werden.

<http://100tage.bleiberechtsbuero.de>